

Region

Jurastreit

Aus Dummheit verspielte Bern den halben Jura. Könnte sich die Geschichte wiederholen?

Mit dem Kantonswechsel von Moutier soll der Jurakonflikt am 1. Januar beendet sein. Wirklich? Der Rückblick auf den Auslöser des Streits weckt Zweifel.

Simon Thönen / BZ, Der Bund

In Kürze:

Der Jurakonflikt endet offiziell mit dem Übertritt Moutiers in den Kanton Jura am 1. Januar 2026.

Die Moeckli-Affäre von 1947 befeuerte den modernen jurassischen Separatismus.

Es dauerte Jahrzehnte, bis der Konflikt nach unzähligen Verhandlungsrunden und Volksabstimmungen beigelegt wurde.

Eine allfällige Aufhebung des garantierten Jurasitzes in der Berner Kantonsregierung könnte für neue Spannungen sorgen.

Offiziell wird der Jurakonflikt an Neujahr beendet sein. Der Übertritt von Moutier in den Kanton Jura am 1. Januar 2026 soll den Schlussstrich ziehen unter einen politischen Kampf, der den Jura, Bern und zeitweise die Schweiz schwer erschüttert hat.

Der Jurakonflikt wird dann exakt 78 Jahre, 3 Monate und 22 Tage gedauert haben – zumindest seine moderne Phase, die bis heute nachwirkt.

So genau kann man das berechnen, weil ein einzelnes Ereignis am Anfang stand. Am 9. September 1947 verspielte der bernische Grosse Rat den Berner Jura.

Oder genauer: seine grösse Hälfte, den Norden. Dieser bildet seit 1979 den Kanton Jura, wurde 1996 mit dem Dorf Vellerat ergänzt und soll nun mit der Kleinstadt Moutier zu seiner definitiven Grösse arrondiert werden.

Ein Oberländer sieht ein Sprachproblem

Der Entscheid des Kantonsparlaments, der als Moeckli-Affäre in die Geschichte einging, betraf ein Traktandum, das meist primär Politiker interessiert: die Zuteilung der Direktionen im Regierungsrat. Die Frage war, ob der altgediente jurassische SP-Regierungsrat Georges Moeckli oder sein frisch gewählter Oberländer Parteikollege Samuel Brawand die wichtige Baudirektion übernehmen sollte.

Wegen seiner französischen Muttersprache durfte SP-Regierungsrat Georges Moeckli 1947 die wichtige Baudirektion nicht übernehmen. (Archivbild von 1945). mémreg, Historisches Archiv der Region Biel, Seeland und Berner Jura

Image

Das Geschäft war also nicht parteipolitisch aufgeladen – doch jurapolitisch umso mehr.

Die Regierung hatte den Entscheid gefällt, der zu erwarten war: Sie teilte dem seit langem amtierenden Moeckli und nicht dem Neuling Brawand die Baudirektion zu.

Das gefiel Hans Tschumi nicht. Der Grossrat der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, so hiess die SVP damals,

wollte Moeckli nicht als Baudirektor sehen – weil dieser als Bernjurassier Französisch sprach. «Mancher Bürger» habe «sicher grosse Mühe, mit Regierungsrat Moeckli in französischer Sprache zu verkehren. Das fällt für die Baudirektion in Betracht.» So begründete Tschumi, beruflich Tierarzt in Interlaken, warum der Oberländer Brawand der geeigneter Baudirektor sei. Moeckli solle wie bisher Armendirektor bleiben, wie man die Sozialdirektion damals nannte.

Er löste 1947 die Moeckli-Affäre aus: Der Oberländer Grossrat Hans Tschumi (hier auf einem Bild von 1971). Comet Photo AG, Sammlung ETH-Bibliothek, Wikimedia Commons

Image

Dass man insbesondere den Oberländern keinen französischsprachigen Baudirektor zumuten dürfe – dieses bodenständige Argument leuchtete der deutschsprachigen Mehrheit im Grossen Rat ein. Mit 92 zu 62 Stimmen verweigerte sie Moeckli die Baudirektion.

Ein Sturm zieht auf

Dies, obwohl sich schon in der kurzen Debatte im Rat abgezeichnet hat, dass ein Sturm drohte. Der Antrag von Tschumi «hinterlässt bei uns den deutlichen Eindruck einer Diskriminierung», warnte der freisinnige Bernjurassier Jules Schlappach. Er sprach, natürlich auf Französisch, von einer «grausamen Ungerechtigkeit gegen uns» und erklärte: «Der Jura muss seine Rechte einfordern, und der alte Kanton muss sie als völlig berechtigt anerkennen.»

Damit war der Ton für die kommenden Jahrzehnte gesetzt.

Der Entscheid war eine klassische politische Torheit. Nicht einmal deswegen, weil Moeckli tatsächlich gut Deutsch sprach. Es ist auch nicht anzunehmen, dass Tschumi, der später Karriere als National- und Regierungsrat machte, als Person unintelligent war.

Es fehlte nur jegliche Vorstellungskraft, wie der Entscheid – und erst recht seine Begründung – bei der anderssprachigen Minderheit ankommen würde.

Der Scheidungswunsch wird akut

Der Grosse Rat erhielt eine zweite Chance, die Sache rasch wieder einzurenken. Doch ein Rückkommensantrag scheiterte – mit nur 2 Stimmen Differenz. Die jurassischen Grossräte verließen geschlossen den Ratssaal. Drei Tage später protestierten 2000 Menschen in Delsberg; ein Redner forderte die Schaffung eines Kantons Jura.

Zwar strebte der Grossteil der Protestierenden vorerst blass Reformen zugunsten des Juras im Kanton Bern an. Doch nun reagierte die bernische Regierung, welche die Affäre ja gar nicht ausgelöst hatte, ihrerseits pikiert auf die Proteste.

Sie werde sich jeder Sezession widersetzen, warnte sie. Und sie beschwerte sich beim Bundesrat über die «tendenziöse» Berichterstattung in der Schweizer Filmwochenschau.

Ein neuer Kanton? Beitrag «Le jura aux jurassiens» aus der Schweizer Filmwochenschau vom 3.10.1947. Zu sehen auf Play SRF.

Zehn Tage nach der regierungsrätlichen Verwarnung, am 30. November 1947, belebten einige der Persönlichkeiten, die den kommenden Kampf prägen sollten, eine eingeschlafene separatistische Organisation neu. Sie forderten – nun mit Verve – einen eigenen Kanton. Der Brillanteste und Entschlossenste war Roland Béguelin, Held der Separatisten, Staatsfeind für Bern.

Klar: Die Wut über die Demütigung des Jurassiers Moeckli war so gross, weil im Jura eine latente Unzufriedenheit bestand. Eigentlich von Beginn weg, seitdem der Wiener Kongress den Jura 1815 Bern zugeteilt hatte. Auch der Separatismus war fast ebenso alt.

Doch dieses Mal gaben die Anhänger und Anhängerinnen eines eigenen Kantons nicht auf. Sie erlitten schwere Rückschläge, doch sie blieben dran – mit demokratischen Mitteln ebenso wie mit provokativen Aktionen; und einige auch mit Brandsätzen und Bomben.

Separatistischer Anschlag auf ein Munitionsdepot der Schweizer Armee in Saignelégier 1987. Die Explosion schleuderte Trümmer und Munitionsreste 150 Meter durch die Luft. Keystone-Archiv (Aufnahme vom 1. Oktober 1987)

Image

Man könnte es als Nordirlandkonflikt im Format «Suisse miniature» bezeichnen, der glücklicherweise relativ unblutig verlief.

Eine Torheit wie nach dem Lehrbuch

Es hätte auch andere Auslöser geben können. Doch die Moeckli-Affäre war ein geradezu idealer Start für den Separatismus in neuer, tatkräftiger Gestalt. Bern hatte eine Glut, die vor sich hin mottete, zu einem Grossbrand angefacht.

Held des jurassischen Kampfes: Porträt von Roland Béguelin im Büro der Autonomisten in Moutier. Olivier Allenspach (Archiv, 2012)

Image

Es war «politisches Handeln wider die eigenen Interessen».

So definiert die amerikanische Historikerin Barbara Tuchman 1984 in ihrem Buch «Die Torheit der Regierenden» politische Dummheit. Sie befasste sich mit grossen Fehlleistungen: korrupte Päpste, welche die protestantische Abspaltung provozierten. Grossbritannien, das mit seinem Starrsinn Amerika verspielte. Die USA, die sich immer tiefer in den Vietnamkrieg verstrickten, obwohl früh klar war, dass sich dieser Krieg nicht gewinnen liess.

Dabei geht es ihr nicht um Fehler einzelner Politiker. Von Torheit sprach Tuchman erst, wenn drei Bedingungen erfüllt sind, die man auch in der Moeckli-Affäre erkennen kann.

Schon Zeitgenossen warnen: Die empörte Reaktion der jurassischen Vertreter im Grossen Rat hätte diesem eine Warnung sein müssen.

Es gibt praktikable Alternativen: In der Moeckli-Affäre hätte Nichtstun gereicht. Der Grosse Rat brach den Konflikt ohne Not vom Zaun.

Die falsche Politik wird von einer mächtigen Gruppe verfolgt, nicht nur von einem Einzelnen: In diesem Fall vom Grossen Rat, der dem Antrag seines Mitglieds Hans Tschumi zustimmte – und den Fehler bei der Wiedererwägung nicht korrigierte.

So leichtfertig der Jurakonflikt 1947 ausgelöst worden war, so schwierig war er zu beenden. Nötig war das volle Programm der helvetischen Streitbeilegung: Bundesräte und Bundesrätinnen mussten vermitteln, Gremien brüteten über Lösungen. Es wurde offiziell verhandelt – und im Geheimen. In Kaskaden von Abstimmungen ermittelte man den Volkswillen zur Jurafrage immer wieder auf allen Staatsebenen.

Immer wieder Strassenschlachten: Bernische Polizeigrenadiere gehen in der Nacht vom 25. April 1975 mit Tränengas gegen jurassische Demonstranten in Moutier vor. Keystone

Image

Das dauerte schier endlos, doch das Resultat kann sich sehen lassen: Der Norden hat seinen eigenen Kanton, dem auch Nachzügler wie die Gemeinden Vellerat und nun Moutier beitreten durften.

Der Süden darf auf eigenen Wunsch bei Bern bleiben. Und Bern bleibt ein zweisprachiger Kanton, der sich weiterhin als Brückenbauer zwischen Deutsch- und Westschweiz versteht.

Wie sich Geschichte wiederholen könnte

Ende gut, alles gut also? Oder könnte sich etwas Ähnliches wie die Affäre Moeckli wiederholen?

Selbstverständlich könnte es.

Es ist auch nicht schwer vorstellbar, welches Thema das Potenzial hat, auch noch den Teil des Juras in Aufruhr zu versetzen, der bei Bern geblieben ist: Wenn die deutschsprachige Mehrheit ihm sein ältestes und wichtigstes Recht wegnehmen würde: den garantierten Jurasitz in der Kantsregierung.

In der Wandelhalle kursieren Gerüchte

Völlig aus der Luft gegriffen ist das nicht. An einem informellen Medienfrühstück der FDP-Fraktion im Grossen Rat vor ein paar Monaten mutmasste die Parteispitze, dass der Jurasitz nach den kantonalen Wahlen ein Thema werden könnte.

«Wir haben als FDP nie gesagt, dass wir den Jurasitz infrage stellen wollen – im Gegenteil.» Das sagt auf Anfrage FDP-Fraktionschef Carlos Reinhard. Die damalige Aussage sei vielmehr so zu verstehen, dass nach dem Kantswechsel von Moutier «andere Parteien dieses Thema aufs Tapet bringen könnten». Welche, das könnte er nicht sagen. «Man hört einfach, was man in der Wandelhalle manchmal so hört.»

Nur Gerüchte also? Man könnte es auch als latente Versuchung bezeichnen. Schon nach der ersten Gemeindeabstimmung in Moutier 2017, die wegen Unregelmässigkeiten wiederholt wurde, gab es prompt parlamentarische Vorstösse zum Thema, auch wenn sie chancenlos blieben.

Wie 1947 liessen sich auch heute scheinbar bodenständige Argumente finden, diesmal dafür, warum der Jurasitz überholt sei: Die bereits kleine Wählerschaft im Berner Jura wird ohne Moutier weiter schrumpfen; andere Regionen wie das Emmental oder das Oberland haben auch keine garantierte Vertretung im Regierungsrat.

Die graue Eminenz warnt

Vor solchen Gedankenspielen warnt der frühere bernjurassische FDP-Regierungsrat Mario Annoni. «Bern kann nur dann ein zweisprachiger Kanton sein, wenn seine sehr kleine frankofone Minderheit eigene Rechte besitzt.» Ohne diese würde «Bern nicht nur seine Zweisprachigkeit, sondern auch

seine Brückefunktion zwischen Deutsch- und Westschweiz verlieren». Dies wäre, mahnt Annoni, auch ein Problem für den Zusammenhalt der mehrsprachigen Schweiz.

Mario Annoni gilt als graue Eminenz des Berner Juras. Er leitet momentan die Arbeitsgruppe «Avenir Berne Romande», die den Kantonswechsel von Moutier begleitet, auch im Hinblick auf die Zukunft des Berner Juras und der frankofonen Minderheit insgesamt.

Er ist dabei, wenn es um die Zukunft des Berner Juras geht: Mario Annoni (ganz links) mit dem Berner Regierungsrat Pierre Alain Schnegg (Mitte) und der jurassischen Ministerin Nathalie Barthoulot (neben Schnegg) bei der Unterzeichnung des Konkordats über den Kantonswechsel von Moutier am 24.11.2023. Raphael Moser

Image

Annoni erinnert daran, dass der Berner Jura 2013 bei einer regionalen Abstimmung mit 72 Prozent der Stimmen für den Verbleib bei Bern votierte. «Das Resultat ist so deutlich ausgefallen, weil die Minderheit sich gerade wegen ihrer besonderen Rechte im Kanton Bern gut behandelt fühlt.»

Für Annoni ist es zwar vorstellbar, die frankofone Vertretung im Regierungsrat anders auszustalten. So etwa, wie es 2017 diskutiert wurde, einen Regierungssitz für alle Französischsprachigen im Kanton zu schaffen.

Entscheidend sei aber: «Solche Änderungen müssten von unten her reifen, im Dialog zwischen dem Berner Jura und der frankofonen Gemeinschaft im restlichen Kanton.» Das brauche Zeit. «Es wäre falsch, wenn die deutschsprachige Mehrheit dies verfügen würde.»

Erhält Roland Béguelin am Ende recht?

Zumal im jetzigen Zeitpunkt, in dem die von ihm geleitete Arbeitsgruppe alles daran setze, «für die Bevölkerung im Berner Jura rasch Klarheit zu schaffen, wie es für sie nach dem Wegzug von Moutier weitergeht». Etwa, dass die bisher in Moutier vorhandenen Verwaltungszweige rasch neu im Berner Jura angesiedelt werden.

«Nun die Position des Berner Juras im Kanton zu verschlechtern, statt zu verbessern, wäre ein katastrophaler Fehler», warnt Annoni. Er befürchte das eigentlich auch nicht.

Aber zur Mahnung verweist Annoni auf Roland Béguelin, den 1993 verstorbenen grossen Gegenspieler von Bern. «Béguelin ging davon aus, dass Moutier der Angelpunkt ist.» Ohne Moutier, so prophezeite Béguelin, werde Bern das Interesse am Berner Jura verlieren – und dieser werde sich dann doch noch dem Kanton Jura anschliessen.